

Simonis, Udo E.

Book Part — Digitized Version

Wirtschaften im Jahr 2000: für eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Simonis, Udo E. (1989) : Wirtschaften im Jahr 2000: für eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft, In: Helmut Falkenstörfer, Hartmut Przybylski (Ed.): Wirtschaften im Jahr 2000 - mit welchen Konzepten? Bochumer Symposium, 6.-9. Oktober 1988, Ruhr-Universität. Beiträge und Berichte, ISBN 3-925895-19-1, SWI Verlag, Bochum, pp. 19-39

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/122535>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB).

Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

Bibliothek und wissenschaftliche Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)

Library and Scientific Information

Reichpietschufer 50

D-10785 Berlin

e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**.

More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

DIE PLENARVERANSTALTUNGEN

Udo Ernst Simonis

Wirtschaften im Jahr 2000

Für eine ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft

Wie wollen wir das Thema verstehen? Bis zum Jahr 2000 sind es nur noch elf Jahre – nur ein Drittel einer Generationen-Perspektive, die übliche mittlere Perspektive investiver Entscheidungen und nur gut zwei Perioden parlamentarischer Entscheidungen ...

Oder wollen wir ein symbolisches Verständnis des Themas zugrundelegen – das „Jahr 2000“ als Wegmarke, als Übergang in ein neues Jahrhundert, ein Jahrhundert, das – wie viele hoffen und andere fürchten – kein Jahrhundert der Industrie mehr, sondern – wenn überhaupt – dann nur noch eines der Umwelt sein kann ...

Ich werde in meinem Beitrag beide Perspektiven nutzen. Ich werde an die elf Jahre erinnern, wenn ich meine Skepsis zum notwendigen Wandel unserer Wirtschaftsweise unterstreichen will, und ich werde die neue Phase der Industriegesellschaft betonen, wenn die soziale Innovationsbereitschaft und -fähigkeit ausgeprägt genug erscheint, eine andere Zukunft erkennen zu können.

Wird in längeren Zeiträumen gedacht, so sind bei denselben unterstellten ökonomischen Trends ganz unterschiedliche Entscheidungen möglich, die Optionsvielfalt nimmt zu. Insofern gibt es immer mehrere und unterschiedliche Signale aus der Zukunft an die Gegenwart. Generell möchte ich aber vorab bemerken, daß Aussagen über die Zukunft stets nur Hypothesen sind, also bestenfalls gut begründete Vermutungen. Sicherheit besteht erst, wenn Zukunft zur Vergangenheit geworden ist.

Ich muß noch eine andere Vorfrage stellen und beantworten: Wo wollen wir das Thema ansiedeln? Da nicht auszuschließen ist, daß die Welt ökonomisch betrachtet im Jahr 2000 heterogener statt homogener sein wird, stellt sich die Frage nach der Wirtschaftsweise und dem Wirtschaftsverständnis in Nord und Süd, Ost und West – in der Ersten und der Dritten Welt – jeweils ganz anders. Diese Vorfrage haben die Veranstalter mit dem Untertitel meines Vortrages – „Modernisierung der Industriegesellschaft“ – sozusagen vorentschieden. Nach dem Aufbau und dem Ausbau der Industriegesellschaft geht es in der Zukunft um deren Umbau. Dieser Fokus hat sicherlich seinen guten Grund in der Absicht dieses Symposiums und der hier Versammelten: Was werden wir, was können wir, was sollten wir tun, damit sich die Industriegesellschaft, in der wir leben, so erneuert – so umgebaut wird –, daß sie uns und anderen eine Zukunft gibt, „dauerhafte Entwicklung“ ermöglicht, wie der Brundlandt-Bericht es formuliert?

Doch nach dem weithin bekannten Motto: „Global denken – lokal handeln“ will ich diese meine Lokalität, unsere Industriegesellschaft, die Bundesrepublik, ins Zentrum der Vermutungen und Folgerungen stellen, aber die globale Perspektive nicht vergessen, sondern damit beginnen.

Ich werde zunächst mir wichtig erscheinende weltwirtschaftliche und binnenwirtschaftliche Strukturelemente der zukünftigen Industriegesellschaft ansprechen, bevor ich mich dann den strategischen Elementen einer ökologischen Modernisierung der Wirtschaft gezielt zuwende.

1. Weltwirtschaftliche Strukturelemente der zukünftigen Industriegesellschaft

a) Die Bundesrepublik ist in außerordentlich hohem Maße in die Weltwirtschaft integriert, für einzelne Wirtschaftszweige und Unternehmen ist der Weltmarkt wichtiger als der Binnenmarkt. Wachsende Aktivitäten, wachsende Abhängigkeit – zwei Seiten einer Medaille. Aus der Wiedererstarkung der Wettbewerbsfähigkeit der Dollar-Handelszone, der anhaltenden Aggressivität der japanischen Industrie und der zunehmenden Präsenz der jungen industrialisierten Staaten – wie insbesondere der „vier kleinen Tiger“ – entsteht der Druck auf Erhalt der Marktanteile und auf Stärkung der eigenen Wettbewerbsfähigkeit. Dieser Druck wird vor allem von weltmarkt-orientierten Unternehmen wahrgenommen; um ihm standzuhalten, sprengen sie die zu eng gewordenen nationalen Grenzen, sie nutzen die Möglichkeiten für Kosteneinsparungen, zur Rationalisierung und Transportkosten-

reduzierung – und auch zur Modernisierung der Produktpalette. Ich denke, daß dieser Druck zur „Globalisierung“ der Produktion stärker ist als die Kräfte, die in Richtung einer Regionalisierung wirken. Die Industrie jedenfalls hat die internationale Wettbewerbsfähigkeit zum Credo erklärt – und die Regierung propagiert dies und subventioniert teure Großtechnologieprojekte im Binnen- und Weltraum, Projekte, von denen eben diese unsere Wettbewerbsfähigkeit angeblich abhängig ist. So sind wir denn Jäger und Gejagte zugleich. Gejagt auch von den „kleinen Tigern“, die hungrig sind, und in Zukunft von größeren, die noch vor sich hin schlummern. Auch die Weltmarktorientierung des Dienstleistungssektors nimmt zu, nur die Landwirtschaft und die Bauwirtschaft sind tendenziell für Abschottung.

Selbst die Theorie-Diskussion ist auf das Integrationsmodell eingeschwenkt, „Dependencia“ und Dis-Assoziation, Abkoppelung vom Weltmarkt sind „out“. Man darf nicht verkennen, daß – wenn man Nationen als Akteure begreift – die Abkoppelungsthese nie ein praktisches Thema war, von Burma und China vielleicht abgesehen, die sich von diesem Modell aber inzwischen abgewandt haben. Dies schließt allerdings Variationen und Differenzierungen der Weltmarktintegration nicht aus: Nicht zuletzt ist ja auch Japan, unser stärkster Konkurrent auf den Weltmärkten, ein Beispiel bewußter, selektiver (zu selektiver) Integration in den Weltmarkt.

Was bedeutet nun all dies für unser Thema „ökologische Modernisierung“?

Nun, ich denke, daß – wenn Sie mir ein Wortspiel erlauben – aus Verflechtung auch Verpflichtung erwächst, Verpflichtungen grundsätzlich zweierlei Art. Wenn man aus der Weltwirtschaft nicht aussteigen kann oder will, dann muß sich aus der Ökologiedebatte heraus das Augenmerk, unser Augenmerk (!), auf die zwei Seiten unserer wirtschaftlichen Austauschverhältnisse mit der Welt richten: Dann müssen beim Export unserer Produkte und Technologien mindestens die qualitativen Standards eingehalten werden, die zur Erhaltung der Umweltqualität bei uns vereinbart und akzeptiert sind – ein, wie Sie wissen, weites, diffuses Feld: Da werden Autos in die USA geliefert, die höhere technische Standards einhalten als die, die man zu Hause erwerben kann; da werden Pestizide beziehungsweise entsprechende Herstellungsverfahren in die Dritte Welt geliefert, die zu Hause aus guten Gründen verboten sind ...

Das ökologische Augenmerk auf die Importseite unserer Industriegesellschaft zu lenken, heißt primär und vor allem, unsere Energie- und Rohstoffeffizienz zu erhöhen: Wir verfeuern und verpulvern Energie und Rohstoffe in einem Maße, das unserer (zu Recht) hochgelobten Ingenieurs-Kunst

Hohn spricht, nur weil es den Entwicklungsländern nicht gelingt, höhere Preise für jene nicht erneuerbaren Ressourcen durchzusetzen, auf die ihre eigene Industrialisierung langfristig angewiesen ist: Raubbau an der Natur zur Stabilisierung der Zahlungsbilanz!

b) Auch aus diesem Grunde ist die Haltung der Industrieländer, unseres Landes, in der Verschuldungsfrage, sozial und ökologisch gesehen, unverzeihlich. Zu dem fundamentalen Ungleichgewicht in den Finanzbeziehungen der Welt haben ja nicht nur die wachstumstrunkenen Regierungen der Entwicklungsländer beigetragen, die sich übermäßig auf ausländisches Kapital gestürzt haben, statt sich auf inländische Kapitalbildung zu stützen. Die Kredite wurden ihnen ja vom nationalen und internationalen Bankensystem gewährt, ja aufgedrängt. Statt nun aber, da das „Kind im Brunnen liegt“, wenigstens unser eigenes Insolvenzrecht auf die Entwicklungsländer anzuwenden, setzt man auf rigide – keineswegs flexible – Lösungen von Fall zu Fall. Nicht Schuldennachlaß oder Schuldenerlaß, sondern Strukturanpassung nach Vorgaben des Internationalen Währungsfonds (IWF) stehen im Vordergrund. Statt die Weltbank ihre satzungsgemäße langfristige Aufgabe erfüllen zu lassen – Aufbau der Wirtschaft in den Entwicklungsländern –, wird sie für vordergründige und kurzfristige Interessen der Industrieländer konditioniert.

Die gemeinsame Tagung von IWF und Weltbank in Berlin hat auch nach Auffassung von wohlwollenden Beobachtern keine nennenswerten Innovationen zur Lösung der Verschuldungsproblematik gebracht. Für unsere Bankmanager sind ordnungspolitische Prinzipien und innerfamiliäre „Solidarität“ noch immer wichtiger als Hinweise auf verschuldungsbedingten Raubbau an Ressourcen, insbesondere an tropischen Wäldern, der das Klima beeinflußt und damit auch unsere langfristigen Lebensbedingungen. Blicke wenigstens der Regenwald erhalten, hätten wir vielleicht eine Chance, dem Ozonloch zu entgehen. So aber muß nicht nur das Ottawa-Abkommen zur Reduzierung der Spurengase implementiert, es müssen auch vor dem Jahr 2000 weltweite Abkommen zur Aufforstung von Wäldern ratifiziert werden. Die deutschen Banken haben zwar – begünstigt durch das deutsche Steuersystem – den größten Teil ihrer Forderungen an die hochverschuldeten Länder „wertberichtigt“, doch das Wort Schuldennachlaß ist noch immer tabu (Commerzbank-Chef Walter Seipp im „Spiegel“: „Ich nehme das Wort (Schuldennachlaß) nicht in den Mund, das Wort gibt es in meinem Wortschatz nicht.“). So ist denn nicht auszuschließen, daß auch im Jahr 2000, wie schon seit Jahren, der finanzielle Nettotransfer zwischen

Industrieländern und Entwicklungsländern negativ sein wird und nicht umgekehrt – eine, wie man es nicht anders nennen kann, „Perversion des Entwicklungshilfe-Gedankens“ ...

Hier möchte ich unserem Bundespräsidenten zustimmen, der in einem Aufruf zur „Woche der Welthungerhilfe“ sagte: „Wem der Hunger in der Dritten Welt gleichgültig ist, der beschädigt die Natur und damit auch hierzulande die Zukunft seiner eigenen Kinder.“ (Frankfurter Rundschau vom 2.10.1988).

c) Die real- und finanzwirtschaftlichen Ungleichgewichte sind aber nicht auf die Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern und die zwischen den USA, Europa und Japan beschränkt – auch innerhalb Europas sind zunehmend Ungleichgewichte entstanden, die gleichermaßen das europäische Währungssystem wie die für 1992 vorgesehene Verwirklichung des europäischen Binnenmarktes in Frage stellen. Für Ende dieses Jahres wird für die BRD, Holland, die Schweiz und Belgien zusammen ein Überschuß in den Leistungsbilanzen in Höhe von 60 Milliarden Dollar erwartet, während sich für die übrigen Länder Westeuropas fast ein ebenso hohes Defizit abzeichnet. Der Grund dafür ist ein elementarer Fehler in der Handhabung des Europäischen Währungssystems (EWS), dessen Hauptaugenmerk der Anpassung der Wechselkurse an unterschiedliche Inflationsraten gilt, während andere Faktoren, die die Zahlungsbilanz eines Landes bestimmen, vernachlässigt werden. Was aber ist mit Europa, wenn sich die innereuropäischen Ungleichgewichte weiter vergrößern? Nur unter der Bedingung eines gewissen Gleichgewichts der Handelsbeziehungen werden sich die Vor- und Nachteile einer Öffnung der Grenzen in Europa die Waage halten.

Daß sich die Öffnung der wirtschaftlichen Grenzen in Europa zu Lasten der Umwelt in Europa auswirken könnte, ist eine – zumindest starke – Vermutung. Anders als die „Lokomotive“ im ökonomischen Zug dürfte hier das „Bremsershäuschen“ die Geschwindigkeit bestimmen. Eines jedenfalls ist sicher: Die ökonomischen Interessen für den europäischen Binnenmarkt sind weit besser organisiert als die ökologischen Interessen für den Erhalt der Umwelt in Europa.

Versucht man ein Fazit der hier nur kurz skizzierten weltwirtschaftlichen Strukturelemente zu ziehen, so ergibt sich kein deutliches Bild – vielleicht sollte ich eher sagen: ein vieldeutiges Bild:

Der Expansionsdrang der Industriegesellschaft wird anhalten, für die älteren Industrieländer ausgerichtet auf den Erhalt der bestehenden, für die

jüngeren Industrieländer ausgerichtet auf die Eroberung zusätzlicher Marktanteile. Dieser Expansionsdrang kann, aber muß nicht den Raubbau an Ressourcen und die Schadstoffbelastung der Umwelt verewigen. Die Jungen werden einige, sie müssen aber nicht alle Fehler der Alten wiederholen. So ist zum Beispiel nachweisbar, daß die Ressourcen- und insbesondere die Energieintensität (die Ressourcen- und Energieproduktivität) bei den Nachzählern phasenverschoben niedriger (höher) ist als bei den Vorreitern: Die Ressourcenintensität der deutschen Wirtschaft ist niedriger als die der englischen, die der japanischen Wirtschaft niedriger als die der deutschen und so weiter.

Auch ist zu bedenken, daß umweltfreundliches Wirtschaften – emissionsarme Produkte und Technologien – unter bestimmten Rahmenbedingungen weltwirtschaftliche Vorteile verschafft. Wachstum der Wirtschaft und weltwirtschaftliche Expansion müssen also nicht notwendigerweise mit Raubbau an Ressourcen und Belastung der Umwelt einhergehen. Doch die Bedingungen, der ordnungspolitische Rahmen, – sie sind nicht so, sind noch nicht so, wie sie sein müßten: Kosten- und Preisverhältnisse begünstigen weiterhin den raschen Abbau nichterneuerbarer Ressourcen, Anreiz- und Regelmechanismen sind nicht so gestaltet, daß Sparsamkeit im Umgang mit Ressourcen und Achtung vor der Natur zu akzeptierten Prinzipien im weltwirtschaftlichen Geschehen geworden wären. Die ökologische Schadensbilanz der Welt ist dramatisch negativ – das Ozonloch und die bevorstehende Klimaveränderung, der Abbau der Regenwälder, die Belastung der Meere, der Rückgang der Artenvielfalt, all dies sind untrügliche Anzeichen dafür, daß unsere Wirtschaftsweise nicht umweltverträglich ist, daß die Grenzen der sinnvollen Ressourcennutzung und die Grenzen der möglichen Umweltbelastung vielfach – und sträflich – überschritten sind.

Vielleicht ist jetzt angebracht, auch um nicht unnötig allgemein zu bleiben, auf die Umweltsituation der Bundesrepublik und jene binnenwirtschaftlichen Strukturelemente einzugehen, von denen das zukünftige Wirtschaften mit beeinflußt sein wird und auf die hin ein ökologischer Umbau der Industriegesellschaft ausgerichtet sein muß.

2. Binnenwirtschaftliche Strukturelemente der zukünftigen Industriegesellschaft

Jeder Versuch, den Umweltverbrauch und die Umweltbelastung verläßlich zu messen, stößt – trotz zunehmend besserer Datenlage – auf zwei

grundsätzliche Schwierigkeiten: Es fehlen eindeutige Indikatoren, und es fehlt an ausreichend langen Meßreihen für zuverlässige Trendbestimmungen. Insofern ist bisher niemand in der Lage, überzeugend darzustellen, wie der Qualitätszustand unserer natürlichen Umwelt insgesamt ist und wie er sich im Zeitablauf verändert hat. Wir behelfen uns in aller Regel mit einigen wenigen Leitsubstanzen, deren Auswahl oft schlicht von der vorhandenen Meßtechnik abhängt.

Selbst wenn solche Leitsubstanzen – wie zum Beispiel das Schwefeldioxid oder die Stickoxide – erfolgreich reduziert werden, gibt es also immer noch die weniger bekannten Substanzen – und die können natürlich auch gefährlich sein.

Sodann gibt es zwischen den verschiedenen Umweltbereichen (Luft, Wasser, Boden) und innerhalb dieser Bereiche auch entgegengesetzte Trends, was ein kaum lösbares Problem der relativen Gewichtung aufwirft. Wie bedeutsam ist der Rückgang der Schadstoffbelastung der Luft im Vergleich zur Zunahme der Belastung des Grundwassers, wie wichtig ist der erzielte Rückgang der Belastung der Luft mit Schwefeldioxid im Vergleich zur nach wie vor hohen Stickoxidbelastung? Angesichts möglicher synergetischer Effekte gibt selbst ein erheblicher quantitativer Rückgang einzelner Substanzen noch kein eindeutiges Entwarnungssignal. Ein anderes Beispiel: Angesichts der Langlebigkeit der Fluorkohlenwasserstoffe in der Atmosphäre wird sich das „Ozonloch“ nicht sogleich stopfen lassen, selbst wenn es gelingen sollte – was an sich fraglich ist –, die umweltschädlichen Treibgase rasch zu ersetzen.

Trotz dieser Einschränkungen kann man natürlich versuchen, ein Bild der Umweltsituation der Bundesrepublik zu zeichnen. Ich zitiere hierzu zunächst Heinrich von Lersner, den Präsidenten des Umweltbundesamtes, der neulich folgende Kurzbeschreibung gegeben hat:

„... die Belastung der Luft in unseren Ballungsgebieten mit Staub und SO_2 (hat) deutlich abgenommen. Weniger eindeutig liegen die Trends für die Stickoxide ..., (hier) ist die Reduzierung bei industriellen Anlagen durch die Zunahme des Verkehrs und der Verbrennungstemperatur der Motoren mehr als kompensiert worden.

Im Gewässerschutz sind Erfolge an den meisten Flüssen und auch Seen zu verzeichnen, gemessen am biochemischen Sauerstoffbedarf, den Schwermetallen und auch am Sauerstoffgehalt ... Der Gehalt an Nährstoffen und Salzen ... steigt noch an; der an schwer abbaubaren organischen Stoffen ist nach wie vor zu hoch.

Qualitätsvergleiche hinsichtlich des Grundwassers sind (...) meist nicht möglich. Die zunehmende Häufigkeit der Meldungen über kritische Schadstoffgehalte, die Zunahme des Gebrauchs potentiell grundwasserschädigender Stoffe und die Langfristigkeit des Gefährdungspotentials, zum Beispiel bei Deponien und alten Industriestandorten, lassen eine Verschlechterung des Zustandes (des Grundwassers) vermuten.

In der Abfallwirtschaft konnte die (weitere) Zunahme der Abfallmengen insgesamt zwar abgebremst werden, bei einigen problematischen industriellen Rückständen ist jedoch der Zuwachs noch nicht gestoppt. Auch gibt es Beispiele für Abfälle, wo der wieder verwertete Anteil zurückgeht ... Besorgniserregend ist nach wie vor die Zunahme an entbehrlichen Einwegverpackungen.

Bei der Bekämpfung des Lärms sind Fortschritte an Kraftfahrzeugen und Flugzeugen häufig durch Zunahme des Verkehrs (und auch der Geschwindigkeiten) wieder aufgezehrt worden ...

(Beim) ... produkt- und stoffbezogenen Umweltschutz beginnen die gesetzlichen Instrumente (Chemikaliengesetz, Pflanzenschutzgesetz, Waschmittelgesetz) erst allmählich zu greifen, so daß man kaum ermessen kann, ob die Erhöhung der Risiken durch chemisch-technische Innovation und Produktvielfalt inzwischen ausgeglichen werden konnte durch verschärfte Auflagen und Kontrollen in den gesetzlichen Zulassungs- oder Anmeldeverfahren ...

Nach wie vor ungebremst scheint ... die Ausrottung oder Gefährdung von Tier- und Pflanzenarten zu sein. Über die Hälfte der im Bundesgebiet lebenden Wirbeltierarten gilt nach der ‚Roten Liste‘ zumindest als gefährdet.“

Heinrich von Lersner zieht aus diesen wenigen Indikatoren für die Bundesrepublik den vorsichtig formulierten Schluß, „... daß eine allgemeine Verbesserung des Zustandes unserer Umwelt ... noch nicht erzielt werden konnte. Partielle und sektorale Fortschritte wurden durch neue oder neu erkannte Risiken aufgewogen.“

Angesichts dieser und weiterer Beispiele des Umweltverbrauchs und der Umweltbelastung kann man das Problem auch deutlicher formulieren: Ökonomie und Ökologie liegen weiterhin im Konflikt miteinander, Harmonie ist nicht erreicht; die Industriegesellschaft ist weiterhin auf Kollisionskurs mit der Natur – und dadurch letztlich mit sich selbst. Einer unserer klugen Filmregisseure hat es auf den Begriff gebracht: Es ist der „Angriff der Gegenwart auf die übrige Zeit“ (Alexander Kluge).

Wie aber hat die Gegenwart auf den Angriff der Vergangenheit reagiert – wie schützt die Gesellschaft ihre Umwelt? Ich möchte diese Frage zunächst mit einigen statistischen Hinweisen beantworten und danach mit einer kritischen Charakterisierung der Umwelt- und der Wirtschaftspolitik. Dies schließt dann die mögliche Perspektive ein, das heißt, die strategischen Ansatzpunkte einer ökologischen Umorientierung der Industriegesellschaft – und damit den Versuch einer Antwort auf die Frage, wie man den Angriff der Gegenwart auf die Zukunft abwehren könnte.

Es gibt mehrere Möglichkeiten, die Effekte zu kategorisieren, die aus der Schädigung der Umwelt beziehungsweise aus den Anstrengungen entstehen, diese Schäden zu beheben oder zu vermeiden. Begnügt man sich mit einer Unterscheidung in (a) ökonomische, (b) fiskalische und (c) ökologische Effekte, so liegen zu diesen Kategorien inzwischen eine Reihe von empirischen Forschungsergebnissen vor. Von den ökonomischen Effekten sind die Beschäftigungseffekte vergleichsweise am sorgfältigsten untersucht worden.

Rolf Sprenger hat eine Hochrechnung der für die Bundesrepublik ermittelten Zahlen vorgenommen; das Umweltbundesamt hat die Ergebnisse in den „Daten zur Umwelt 1987/88“ übernommen. Danach belief sich der Netto-Beschäftigungseffekt des Umweltschutzes im Jahre 1984 auf 436.768 Arbeitsplätze.

Diese Angabe beziffert das Ergebnis der positiven und negativen Beschäftigungseffekte des Umweltschutzes, das heißt, die Differenz zwischen direkter und indirekter Beschäftigungszunahme und direkter und indirekter Beschäftigungsabnahme im Gefolge umweltpolitischer Maßnahmen. Natürlich gehen durch Umweltschutz auch Arbeitsplätze verloren, in „Grenzgebieten“ und „Grenzbranchen“, welche die Auflagen, Gebote und Emissionsstandards betriebswirtschaftlich nicht verkraften können. Das Nettoergebnis aber ist eindeutig positiv – für die Bundesrepublik, aber auch für andere Industrieländer.

Inzwischen sind auch die Effekte systematisch untersucht, die der Umweltschutz – sei es politisch induziert, sei es betrieblich aktiviert – auf die privaten und staatlichen Ausgabenbudgets hat. In einer Aufarbeitung aller verfügbaren statistischen Daten seit 1975 wurden Zeitreihen für die Umweltschutzinvestitionen des produzierenden Gewerbes der deutschen Wirtschaft, unterteilt nach den üblichen Umweltbereichen (Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung, Luftreinhaltung), und Zeitreihen für die gesamten Umweltschutzausgaben (Investitionen und laufende Ausgaben) des produzierenden Gewerbes und des Staates ermittelt.

Nach diesen Ermittlungen werden in der Bundesrepublik Deutschland von Wirtschaft und Staat insgesamt zur Zeit fast 30 Milliarden DM für die Bereiche Abfallbeseitigung, Gewässerschutz, Lärmbekämpfung und Luftreinhaltung aufgewendet – eine gewaltige Summe, ein großer Markt, wenn man an den damit zusätzlich verbundenen Multiplikatoreffekt denkt.

Während die Beschäftigungs- und Budgeteffekte mit jeweils verlässlichen und konsistenten Methoden ermittelt werden können – und damit als im großen und ganzen statistisch abgesichert gelten –, stehen wir bei der Ermittlung der tatsächlichen laufenden Umweltschäden erst am Anfang. Die vorgelegten Zahlen sind entsprechend heiß umstritten. Kein Wunder: Während man die Arbeitsplätze zählen und die Ausgaben nachrechnen kann, sind die Schadenskosten, die zum Beispiel aus Luftverschmutzung entstehen, von ganz anderer Qualität als die, die aus Bodenbelastungen resultieren; und wie soll man die Entsorgungskosten des radioaktiven Mülls verlässlich abschätzen und die Zukunft sinnvoll diskontieren?

Lutz Wicke und Mitarbeiter vom Umweltbundesamt haben eine erste „ökologische Schadensbilanz“ der Bundesrepublik vorgelegt, im Sinne der – wie sie es nennen – „rechenbaren Schäden“ in Milliarden von Mark pro Jahr. Nach diesen Schätzungen belaufen sich die Schadenskosten an unserer Umwelt (das heißt, monetarisierte Schäden der Luft-, Gewässer- und Bodenverschmutzung und des Lärms) auf weit über 103,5 Milliarden DM. Das entspricht etwa sechs Prozent des jährlichen Bruttosozialprodukts.

Diese Schätzungen belegen eines mit Sicherheit: Daß nämlich trotz aller bisherigen Anstrengungen im Umweltschutz die Schädigung unserer Umwelt weiter fortschreitet.

An dieser Stelle mag noch einmal ein Hinweis auf die Entwicklungsländer angebracht sein, wo viele der ökonomischen Prozesse gerade erst begonnen haben, von denen wir wissen, daß sie für die Qualität der Umweltbedigungen problematisch sind.

3. Ökologische Erneuerung der Industriegesellschaft: Drei Ansatzpunkte

Alle Hoffnungen auf eine „Harmonisierung“ von Ökonomie und Ökologie setzen letztlich auf die einfache Einsicht, daß ein verringerter Ressourceneinsatz der Produktion (Umweltverbrauch) einen geringeren Schadstoffausstoß und geringere Abfallmengen (Umweltbelastung) zur Folge hat – und zugleich (im Normalfall) Kosten spart. Reduzierung des spezifischen

Umweltverbrauchs und Reduzierung der spezifischen Umweltbelastung sind Prozesse, die sich in einer produktiven und dynamischen Wirtschaft teilweise von selbst vollziehen, die aber teilweise, und wohl vor allem, politisch bewirkt werden müssen – und zwar besonders von der Umwelt- und der Wirtschaftspolitik. Ich denke, daß die „Chancen einer ökologischen Umorientierung“ daher vor allem auf drei Feldern zu suchen sind:

- a) umweltentlastender Strukturwandel
- b) präventive Umweltpolitik
- c) ökologische Wirtschaftspolitik.

Umweltentlastender Strukturwandel

Auf die Umwelteffekte des technischen und strukturellen Wandels der Wirtschaft ist schon oft hingewiesen worden. Strukturpolitik als aktiven Umweltschutz gibt es aber faktisch nicht. Man sieht sich allenfalls mit den Folgen des Strukturwandels für die Umwelt konfrontiert – seien sie nun positiv oder negativ.

Bei den positiven Umwelteffekten des strukturellen Wandels geht es im Kern um die Entkoppelung des Wirtschaftswachstums (Bruttosozialprodukts) vom Einsatz ökologisch sensibler Ressourcen (umweltrelevante Faktoren). Diese Entkoppelung ist zu erreichen durch sinkende Inputkoeffizienten dieser Faktoren beziehungsweise durch Steigerung ihrer Produktivität.

Diese Entkoppelung senkt im Regelfall mit dem Ressourcenverbrauch zugleich die Produktionskosten; ist im Vergleich zum Einsatz nachgeschalteter Reinigungstechnologien die billigere Form des Umweltschutzes; ist effektiver, da sich nachgeschaltete Umweltschutzmaßnahmen in der Regel nur auf einzelne (prominente) Schadstoffe erstrecken (zum Beispiel Katalysator), während strukturorientierte Maßnahmen zumeist eine größere Palette von Umwelteffekten zeitigen (zum Beispiel: Magermotor); eröffnet damit technologische Innovationsmöglichkeiten größeren Ausmaßes oder ist deren Folge. Ein Beispiel: Vor kurzem war zu lesen, daß das Rheinisch Westfälische Elektrizitätswerk (RWE) die gesetzlich vorgeschriebene Rauchgasentstickung in seinen großen Braunkohlekraftwerken durch veränderte Feuerungsführung erreichen will. Statt der vier Milliarden DM, die man sonst für katalytische Reinigungsverfahren hätte investieren müssen, komme man bei gleichem Ergebnis mit weniger als einer Milliarde DM aus (Der Tagesspiegel, 15. Januar 1988).

Es gibt inzwischen mehrere Studien, die sich dem „umweltentlastenden Strukturwandel“ widmen. Neben der Frage, welche Schadstoffemissionen

mit dem Wachstum der Wirtschaft einhergehen (Output-Orientierung), interessiert dabei die Frage, wie welcher technische und strukturelle Wandel der Wirtschaft zur Entlastung der Umwelt führt (Input-Orientierung). Man kann dies die „ökologischen Gratisseffekte“ ökonomischer Wandlungsprozesse nennen. „Ökologische Gratisseffekte“ entstehen, wenn die Zuwachsrate der Inputfaktoren, von denen negative Effekte auf die Umwelt ausgehen, geringer ist als die des Bruttosozialprodukts. In einem solchen Fall werden über den Strukturwandel der Wirtschaft neue (sanfte, umweltschonendere) Inputfaktoren genutzt, wenn auch nicht notwendigerweise (wie zum Beispiel bei der Energieeinsparung nach der Ölpreiserhöhung) aus ökologischen Erwägungen.

Uns allen ist bekannt, daß die historisch gesehen ziemlich starre Korrelation zwischen Wirtschaftswachstum (Bruttosozialprodukt) und Primärenergieverbrauch sich in den siebziger und achtziger Jahren aufgelöst hat – nicht zuletzt dank intensiver gesellschaftlicher Diskussionen zur Energiefrage, aber auch dank erheblicher Anstrengungen der Industrie um Energieeffizienz. So kann heute gegenüber früher eine Einheit des Bruttosozialprodukts mit der Hälfte an Energieeinsatz erwirtschaftet werden. Die Intelligenz der Energieerstellung und vor allem auch der Energienutzung hat also erheblich zugenommen. (Kritiker werden hier aber sogleich und zurecht einwenden, daß Energie weiterhin verschwendet wird und daß die Energieeffizienz leicht um den Faktor drei verbessert werden könnte. Hierauf komme ich später noch einmal zurück).

Ähnliche Entkoppelungsprozesse sind aber auch für andere Umweltbelastungsfaktoren zu verzeichnen, zum Beispiel den Stahlverbrauch, den Zementverbrauch, den Gütertransport. Insgesamt geht es hierbei um das, was man Entmaterialisierung der Produktion nennen könnte, ein struktureller Wandlungsprozeß, der von der Miniaturisierung begleitet und unterstützt wird.

Eine international vergleichende Studie zu dieser Art des umweltentlastenden Strukturwandels hat jedoch ergeben, daß sich trotz gleichgewichteter Tendenz drei Entwicklungsmuster der Industriegesellschaft deutlich unterscheiden lassen. Es gibt a) absolute strukturelle Verbesserungen mit absoluten ökologischen Gratisseffekten; b) relative strukturelle Verbesserungen mit relativen ökologischen Gratisseffekten; c) strukturelle Verschlechterungen mit negativen Umwelteffekten des Wirtschaftswachstums. Das heißt, Strukturwandel im Sinne der Entkoppelungen von materiellen Inputs und Bruttosozialprodukt ist in allen Industrieländern zu beobachten, doch einige haben noch erheblichen Bedarf an dieser Art des ökologischen

Nachhilfeunterrichts. Aus solchen Untersuchungen und Betrachtungen ergibt sich die politische Frage, ob sich Strukturpolitik als aktiver Umweltschutz formulieren und umsetzen läßt beziehungsweise ob die Bedeutung einer stärker strukturorientierten Umweltpolitik gesellschaftlich vermittelbar ist.

Eine Warnung sei sogleich angefügt: Der Strukturwandel in der Wirtschaft allein führt noch nicht zu einer hinreichenden Entlastung der Umwelt. Dies hieße, ein weit höheres Maß an ökologischem Bewußtsein und ökologischem Interesse in der Wirtschaft – bei den Unternehmen und den Konsumenten – zu unterstellen, als man unterstellen darf. Ökologisch orientierter Strukturwandel ist nötig – doch Politik ist weiterhin gefragt, eine effektivere Politik allerdings, wie ich sogleich deutlich machen will. Umweltrelevante Fachpolitik ereignet sich vor allem – aber keinesfalls nur – in zwei Bereichen, der Umwelt- und der Wirtschaftspolitik. Auf deren Defizite bezüglich einer ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft werde ich abschließend eingehen.

Präventive Umweltpolitik

Die staatliche Umweltpolitik ist als „Querschnittsaufgabe“ postuliert worden, ist im wesentlichen (auf Bundes- wie auf Länderebene) jedoch Ressortpolitik und medial organisiert (auf die Umweltmedien: Luft, Wasser, Boden). Sie erfolgt bisher hauptsächlich in Form zweier Interventionsstrategien: a) durch Verbote und Auflagen, die die Nutzung von Natur eingrenzen beziehungsweise an gewisse Bedingungen binden, und b) durch Infrastrukturleistungen, bei denen der Staat (Bund, Länder, Gemeinden) selbst Umweltschutzmaßnahmen übernimmt.

Diese Strategien stoßen ökonomisch und technisch an enge Grenzen. Einerseits stehen allgemeine Finanzprobleme einer Ausweitung staatlicher Umweltschutzleistungen entgegen; die Gemeinden haben kein Geld. Andererseits werden Auflagen und Verbote in aller Regel mit dem Gegenargument der wirtschaftlichen Vertretbarkeit beziehungsweise der technischen Machbarkeit konfrontiert. Hieraus entsteht ein struktureller Konservatismus, der durch das notorische „Vollzugsdefizit“ regulativer Politik in seiner Wirkung noch verstärkt wird.

Demgegenüber haben andere Interventionsstrategien, wie insbesondere Steuer- und Abgabensysteme, mit denen potentielle Umweltverschmutzer monetär belastet und/oder zur Änderung der Produkte und Produktionsverfahren angeregt oder gezwungen werden, bisher nicht beziehungsweise erst ansatzweise Anwendung gefunden.

Zusammen mit den unter Umweltgesichtspunkten nur mäßigen Effekten bisheriger steuerlicher Regelungen – ein Beispiel ist der Paragraph 7 des Einkommensteuergesetzes – und öffentlicher Zuschüsse und Subventionen (zum Beispiel: ERP-Vermögen) führt das in der Bundesrepublik vorhandene umweltpolitische Instrumentarium nur zu einer unzureichenden Aktivierung von Ressourcen für den Umweltschutz, die nicht nur hinter der anderer vergleichbarer Länder zurückbleibt, sondern auch eine Lücke zu den durch Umweltverschmutzung verursachten Vermögens- und Wohlfahrtsverlusten hinterläßt. (Mit der Abschaffung des Paragraphen 7 d zum 1. Januar 1991 im Rahmen der Steuerreform fällt auch dieser Anreiz noch weg.) Wir müssen also – wie Oskar Lafontaine kürzlich im thematischen Zusammenhang formuliert hat – „intelligenter Motivationslagen organisieren“, wir müssen die staatlichen Rahmenbedingungen für den Umweltschutz verbessern. Unsere Umweltpolitik ist schadensnah, aber ursachenfern. Die Umweltprobleme müssen zwar „bewältigt“ werden, sie sollten aber auch und vor allem vermieden werden. Jede sinnvoll in den Umweltschutz investierte Mark kann einen Nutzen in Form ersparter Umweltschäden von mehreren Mark bewirken.

Die Effizienz der staatlichen Umweltpolitik ist auch auf andere Weise gefährdet: Ihre mediale Ausrichtung führt zu intermedialer Problemverschiebung (Beispiel: Rauchgasentschwefelung erzeugt Gipshalden) und interregionaler Problemverlagerung (Beispiel: Luftschadstoffverdünnung führt zu weiträumiger Bodenbelastung, Schadstoffverklappung führt zur Meeresverschmutzung und über die Nahrungskette letztlich zur Gesundheitsbelastung des Menschen); steigendem Sanierungsaufwand stehen abnehmende Sanierungserfolge gegenüber; nachsorgende, additive technische Problemlösungen dominieren gegenüber vorsorgenden, integrierten Lösungen. Rund drei Viertel der deutschen Umweltschutzinvestitionen bestehen aus additiven Technologien, nur knapp ein Viertel sind integrierte (emissionsarme) Technologien. Das Wasserhaushaltsgesetz und das Abfallgesetz geben der Vermeidung eine gewisse Bedeutung, in der Praxis aber dominiert die nachträgliche Behandlung von Problemen.

Diese Strategie des herkömmlichen Umweltschutzes – so wichtig sie zur akuten Gefahrenabwehr und zur Behandlung von Altlasten sein mag – kann auf Dauer nicht befriedigen, weil bei ansonsten nicht oder nur wenig veränderter Produkt- und Technologiestruktur das fortgesetzte Wachstum der Produktion überproportional steigende Umweltschutzaufwendungen hervorruft, wenn das Gesamtniveau der Schadstoffemissionen nicht steigen soll. Ökologische Umorientierung verlangt unter anderem also Dynamisie-

rung, nicht Festschreiben von Umweltnormen und Umweltstandards. Das heißt, bei wachsender Produktion müssen die Emissionsstandards pro Produkteinheit sukzessive verschärft werden.

Hiermit plädiere ich selbstverständlich nicht dafür, den nachsorgenden, gefahrenabwehrenden Umweltschutz einzustellen. Wenn die Altlasten riskant werden, muß man sie abtragen, auch wenn das, was die Altdeponien angeht, 50 Milliarden DM kosten sollte. Weil der Marktanteil regenerativer Energiequellen (wie Wasserkraft, Biogas, Sonne, Wind, Holz) noch immer erst 2,5 Prozent beträgt und unsere Stromversorgung in großem Umfang von umweltbelastenden Kohlekraftwerken abhängt (auf die sozialen und ökologischen Probleme der Atomenergie brauche ich angesichts der derzeitigen Diskussion nicht erst hinzuweisen), ist es sinnvoll und notwendig, möglichst rasch effiziente Entschwefelungs- und Entstickungsanlagen einzubauen, auch wenn man sich damit dann andere Entsorgungsprobleme (wie Gips und Schlämme) einhandelt. Anderenfalls entstünden noch schwerwiegendere und teils irreversible Schäden an Wald, Gebäuden und an Menschen. Es geht mir vielmehr um eine stärkere Betonung der Präventionskomponente der Umweltpolitik – die prinzipiell in die Wirtschaftspolitik eingebunden werden muß.

Wie verschiedene international vergleichende Forschungsprojekte gezeigt haben, ist eine strikt präventive Umweltpolitik nirgends verwirklicht – und dies gilt selbst für Japan. Daß Vorsorge besser als Nachsorge sei, präventive Maßnahmen effektiver und kostengünstiger als sanierende (kurative) Maßnahmen seien, dies gehört zwar zum Standardkanon politischer Bekenntnisse und ist auch aus der Medizin hinreichend dokumentiert; warum aber verfolgt die Umweltpolitik zumeist noch immer einen kurativen, nicht aber einen präventiven Ansatz?

Wenn ich hier nur nach den allgemeinen Gründen frage, dann hängt dieser Stand der Umweltpolitik wohl vor allem mit drei Faktoren zusammen: Dem Ausmaß beziehungsweise der Gefahr der Umweltbelastung, dem allgemeinen öffentlichen Bewußtseinsstand über Umweltprobleme und dem Stand des technischen Wissens. Die These über die Bedeutung dieser Faktoren könnte – etwas vereinfacht – wie folgt lauten: Im „umweltpolitischen Entscheidungszyklus“ treten Belastung, Bewußtsein und Wissen phasenverschoben auf. Die Belastung der Umwelt akkumuliert in der Zeit, bevor das Bewußtsein darüber zunimmt und das technische Wissen (einschließlich des rechtlichen Instrumentariums und des Verwaltungswissens) anwächst. In bezug auf Bewußtsein und Wissen gibt es zudem typische

Schwellenwerte, die erreicht sein müssen, bevor aus Bewußtsein Aktion und aus Wissen Handeln wird.

Auf der Basis dieser Annahmen gibt es drei (und in Variation fünf) strategische Ansatzpunkte, vom kurativen zum präventiven Umweltschutz überzugehen beziehungsweise eine bessere Balance zwischen beiden zu erreichen. Im allgemeinen: 1. Vermeidung beziehungsweise Verzögerung der Akkumulation von Umweltschäden, 2. weitere Anhebung des Umweltbewußtseins, 3. rasche Förderung des technischen Wissens über Umweltschäden und Schadensursachen.

Und im besonderen: 4. Reduzierung der Schwellenwerte des notwendigen Umweltbewußtseins, das heißt, frühzeitige Beteiligung, diskursiver Politikdialog, 5. Reduzierung der Schwellenwerte des notwendigen technischen Wissens, das heißt, dynamische Verschärfung der Emissionsstandards.

Ökologische Wirtschaftspolitik

Nicht nur unter ökonomischen, sondern auch und vor allem unter ökologischen Gesichtspunkten ist die herkömmliche Wirtschaftspolitik defizitär. Ihre Ziele müssen qualifiziert, ihre Instrumente differenziert und ihre Institutionen reformiert werden.

Bisher wird staatliche Wirtschaftspolitik ohne explizite Beachtung der natürlichen Umwelt betrieben. Im Zielbündel des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes ist das Ziel „Umweltstabilität“ nicht enthalten; eine entsprechende Novellierung dieses Grundlagengesetzes der Wirtschaftspolitik ist bisher nicht in Aussicht genommen. Auch im Zielbündel des Kartellgesetzes, des zweiten wichtigen Grundlagengesetzes der Wirtschaftspolitik, kommen ökologische Kategorien überhaupt nicht vor; eine Kontrolle von rohstoffverschwendenden und umweltbelastenden Unternehmen gehört bislang nicht zu den Aufgaben der Kartellbehörde und der Monopol-Kommission.

Auch in bezug auf die zwei traditionellen Maßnahmenbereiche der herkömmlichen Wirtschaftspolitik, die Geldpolitik und die Finanzpolitik, kann man von einer ökologischen Ausrichtung bisher nicht sprechen. Globale Zins- und/oder Steuervariationen sind ökologisch nicht zielführend; ökologisch relevante Abgabensysteme sind bislang erst ansatzweise vorhanden (wie die Abwasserabgabe), jedoch im Gespräch (Schwefel-, Stickstoff-, Abfall-, Lärmabgabe). Steuerpolitik und Umweltschutz müßten wirksam verbunden werden.

Das Steuersystem sollte also nicht unter Denkmalschutz stehen. Die soeben beschlossene Steuerreform enthält nicht einen nennenswerten ökologischen Gedanken, ja, mit der Einführung einer Erdgassteuer wird gerade jener Energieträger belastet, der relativ umweltfreundlich ist, werden gerade jene Haushalte bestraft, die sich auf diese Energieform – unter anderem aus ökologischen Gründen – umgestellt hatten. Ein umweltorientiertes Steuer- und Abgabensystem zu schaffen, hieße – generell betrachtet – alle Mechanismen abzubauen, die den Ressourcenverbrauch und die Umweltbelastung forcieren, und stattdessen Mechanismen aufzubauen, die sie reduzieren. Speziell betrachtet, geht es um bestimmte neue Steuern und Abgaben und die Reduzierung und Abschaffung anderer. Neben der theoretischen Diskussion um eine allgemeine Emissionsbesteuerung (wie Emissionsabgabe, -zertifikate) hatte die praktische Diskussion sich bisher auf einzelne Schadstoffe konzentriert (zum Beispiel: Schwefel, Stickstoff). Es gibt neuerdings aber mehrere sehr konkrete Vorschläge einer ökologisch begründeten Reform des Steuer- und Abgabensystems, jedoch keinen wirklichen Durchbruch in dieser Richtung. Die Ökonomen haben sich zerschissen im Streit darüber, welche ihrer Vorschläge effizienter seien – und sie haben übersehen, daß dies den Politikern und auch den Umweltschädigern den Status quo ermöglicht.

„Die Politik muß umweltfreundliche Produktion und umweltfreundliche Güter begünstigen, umweltschädliche und umweltbelastende Produkte und Verhaltensweisen verteuern ... Umweltschonendes Produzieren und umweltschonendes Konsumieren müssen sich rechnen, umweltschädliches Produzieren und umweltschädliche Produkte dürfen sich nicht weiterhin lohnen.“ (Harald B. Schäfer)

Die mit der Einführung von (progressiven) Ressourcensteuern und Umweltabgaben bewirkte Veränderung der relativen Preise in der Wirtschaft, das heißt, Anhebung der Preise für Umweltbelastung und Ressourcenverbrauch bei gleichzeitiger Senkung anderer Faktorpreise, hätte erhebliche Auswirkungen auf die Produkt- und die Technologiestruktur der Wirtschaft und auf die Beschäftigung. Auf diesen doppelt positiven Effekt ist immer wieder, aber leider vergeblich hingewiesen worden. (Auch der Vorschlag auf Einrichtung eines Sondervermögens Arbeit und Umwelt basiert auf einer Energiesteuer. Das politische Schicksal dieses Vorschlages ist bekannt.)

Unter den gegebenen Faktorpreisbedingungen herrschen in unserer Wirtschaft arbeitssparende Rationalisierungsinvestitionen vor: Energie ist relativ billig, Umweltbelastungen kosten in bestimmten Bereichen nichts

oder nur wenig, Recycling ist nicht sonderlich lohnend; Arbeit ist dagegen relativ teuer, weil mit hohen Lohnnebenkosten behaftet. Bei derartigen Faktorpreisbedingungen ist tendenziell eine doppelte Zielverletzung vorprogrammiert: Arbeitslosigkeit und Umweltbelastung.

Mit neuen ökologischen Rahmenbedingungen in Form von Ressourcensteuern und Umweltabgaben würden dagegen Rationalisierungsinvestitionen eines ganz anderen Typs gefördert, nämlich Investitionen, die zu einer Reduzierung der Emissionen und des Ressourceneinsatzes pro Produkteinheit und zu einer prinzipiellen Förderung des Recycling führen und die mit vermehrtem Einsatz von Arbeitskräften durchgeführt werden. „Vermeiden, verwerten und schadlos beseitigen“, diese Ziele des Abfallgesetzes erhielten dann ihre ökonomische Basis.

Für alle Umweltmedien, wie Luft, Wasser, Boden, und für die verwandten Bereiche der Umweltpolitik, Lärm und Abfall, sind entsprechende Emissionsabgaben vorgeschlagen worden. An ihrer Umsetzung aber hapert es. Daß der einzelne Bürger zum Beispiel tonnenweise Wasser sparen kann, ist nicht ausgeschlossen, wie dieser Tage zu lesen war (Kieler Nachrichten, 2. Oktober 1988), aber unwahrscheinlich, weil die Anreize für ein Verhalten nach dem Motto: „Weniger ist mehr“ im allgemeinen nicht gegeben sind.

Ich kann hier nur darauf hinweisen, daß die Frage eines ökologischen Steuer- und Abgabewesens auch in die Diskussion um die Steuerharmonisierung in Europa Eingang finden muß, eine Problematik zusätzlicher Art, die sicherlich nicht in der kurzen Zeit bis zum Jahr 2000, sondern nur mit Blick auf die 2000er Zeitenwende frustrationsfrei lösbar ist.

Ein letzter Gedanke noch zur Wirtschaftspolitik: Die Wirtschaftspolitik vollzieht sich – schließlich – über bestimmte Institutionen. Eine ökologisch orientierte Steuerung des ökonomischen Systems bedarf daher auch der institutionellen Reform – und das heißt konkret: vorhandene Institutionen umpolen, veraltete aufgeben und neue schaffen. Ein Beispiel einer notwendigen institutionellen Reform ist die Kommunalisierung der Energieversorgung. Ein anderes Beispiel ist die sozial- und umweltverträgliche Technologiesteuerung. Diese Beispiele haben alle etwas mit Mitbestimmung, mit Demokratisierung der umweltrelevanten Entscheidungsprozesse zu tun. Man darf sich hierbei also nicht die alte Kontroverse „mehr Markt oder mehr Staat“ aufdrängen lassen.

Die Harmonisierung von Ökonomie und Ökologie verlangt viel mehr – um im Bild zu bleiben: einen besseren Markt und einen besseren Staat. Hieraus ergeben sich bestimmte Mindestanforderungen einer ökologisch orientierten institutionellen Reform, die sich stichwortartig wie folgt be-

schreiben läßt: Regionalisierung und Kommunalisierung der Entscheidungsstrukturen; Einführung einer Umwelthaftpflicht; Einrichtung und rechtliche Absicherung eines betrieblichen Umweltschutzbeauftragten beziehungsweise Umweltausschusses; Kompetenzzuwachs für die Umweltinstitutionen; Umweltkompetenz (Öko-TÜV) für die Einrichtungen der Technologiebewertung; Kompetenzerweiterung bei den Einrichtungen der Produktbewertung zur ökologischen Bewertung der Produkte und Technologien (Öko-Test beziehungsweise Gütesiegel für Öko-Produkte); die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) wird – in allgemein verständlicher Form – Bestandteil aller größeren ökonomischen Investitionsentscheidungen.

4. Ausblick

Wer das Reden von der „ökologischen Modernisierung der Industriegesellschaft“ ernst meint, muß politische und wirtschaftliche Veränderungen wollen. „Wir können nicht technologisch und ökonomisch das 21. Jahrhundert anstreben, uns dabei aber auf die Steuerungssysteme des 19. Jahrhunderts verlassen wollen“ (Franz Steinkühler). „Es ist eine wichtige Aufgabe, wirtschaftliche Prozesse im Blick auf Umkehrmöglichkeiten zu beobachten“, so heißt es in einem der vorbereitenden Papiere dieser Tagung.

Die Umsetzung des Konzepts der ökologischen Erneuerung erfordert eine Struktur Anpassung unserer Wirtschaft, eine Effektivierung der Umweltpolitik und eine Ergänzung der Wirtschaftspolitik. Wir müssen ökologischen Nachhilfeunterricht nehmen – eine „Anleihe bei der Ökologie“ liegt nahe, gemeint ist die Anlehnung an beziehungsweise die Anwendung von ökologischen Prinzipien. „Umweltentlastender Strukturwandel“, „präventive Umweltpolitik“ und „ökologische Wirtschaftspolitik“ – dies sind meines Erachtens drei notwendige (wenn auch vielleicht nicht hinreichende) Elemente einer Strategie, die weiterhin bestehenden Konflikte und Widersprüche zwischen Ökonomie und Ökologie zu überwinden und so die Interessen von Mensch und Natur in Einklang zu bringen.

Ich habe wenig oder nahezu nichts über die kirchliche Verantwortung in diesem Zusammenhang gesagt. Aber auch ich habe meinen Traum; und dafür habe ich Ihnen etwas mitgebracht, was von einer Gruppe junger Münchener erarbeitet worden ist, die sich in besonderer Weise dem Umweltschutz verpflichtet fühlen und denen ich bei der Formulierung etwas zu Hilfe gewesen bin. Wir nennen das: die elf Gebote, die elf ökologischen Gebote:

Aktion: Umwelt konkret

Elf Gebote für eine lebenswerte Zukunft

I. Ich will alles tun, um die Luft nicht zu verschmutzen.

Ich werde auf unnötige Autofahrten verzichten und wieder öfter die öffentlichen Verkehrsmittel oder das Fahrrad benutzen oder zu Fuß gehen. Als Autofahrer werde ich nicht schneller als 120 km/h oder ein Auto mit Katalysator fahren. Zum Schutz der Ozonschicht verwende ich keine Spraydosen mit Treibgas.

II. Ich will alles tun, um das Wasser rein zu halten.

Ich werde weniger Wasser verbrauchen. Ich kaufe nur noch umweltverträgliche Wasch- und Putzmittel und dosiere sie sparsam. Giftige Stoffe wie Lacke, Öle und Medikamente entsorge ich als Sondermüll.

III. Ich will alles tun, um Landschaft und Boden zu schützen.

Ich werde keine Pestizide und keinen überflüssigen Dünger mehr verwenden. Auch in meiner Freizeit werde ich Rücksicht auf die Natur nehmen. Ich werfe keinen Abfall in die Landschaft.

IV. Ich will alles tun, um meinen Energieverbrauch einzuschränken und weniger Rohstoffe zu verbrauchen.

Ich werde nur noch stromsparende Geräte anschaffen und auf jeden unnötigen Einsatz von Elektrogeräten verzichten. Durch Wärmedämmung und gesenkte Raumtemperatur verbrauche ich weniger Heizenergie.

V. Ich will alles tun, um Tiere zu schützen.

Ich kaufe keine Produkte mehr, für die gefährdete Tierarten sterben müssen, wie Pelze, Elfenbein und Krokoder. In Tierversuchen getestete Kosmetika und Körperpflegemittel verwende ich nicht. Haus- und Nutztiere halte ich artgerecht.

VI. Ich will alles tun, um die Vielfalt der Pflanzenwelt zu erhalten.

Ich bepflanze meinen Garten und meinen Balkon mit möglichst vielen verschiedenen Arten. Ich verzichte weitgehend auf Unkrautvertilgungsmittel. Ich pflücke keine geschützten Pflanzen.

VII. Ich will alles tun, um Anbau und Verkauf gesunder Nahrung zu erreichen.

Ich werde Lebensmittel bevorzugen, die aus kontrolliert biologischem Anbau stammen und keine künstlichen Zusätze enthalten. Ich kaufe keine Produkte aus der Massentierhaltung. Ich kaufe Lebensmittel möglichst direkt beim Erzeuger.

VIII. Ich will alles tun, um Abfall zu vermeiden.

Ich werde auf unnötige Verpackungen verzichten. Ich sortiere meinen

Abfall. Ich kaufe Getränke in Pfandflaschen und nehme den Einkaufskorb statt der Plastiktüte.

IX. Ich will alles tun, um Lärm zu vermeiden.

Ich verwende geräuscharme Maschinen und Geräte und nehme auf das Ruhebedürfnis meiner Mitmenschen Rücksicht. Ich verzichte auf Dauerbespielung durch Radio und Fernsehen.

X. Ich will alles tun, um ein umweltbewußter Verbraucher zu sein.

Ich kaufe nur Produkte, die Natur und Umwelt möglichst wenig belasten. Ich zwinge die Produzenten durch mein Kaufverhalten, umweltverträgliche Waren anzubieten. Der Kunde ist König.

XI. Ich will alles tun, um diese zehn Gebote im täglichen Leben zu verwirklichen.

Ich werde immer wieder versuchen, Widerstände, auch meine eigenen, zu überwinden, meine Freunde und Bekannten zum Mitmachen zu ermuntern und der Aktion Umwelt konkret zum Erfolg zu verhelfen. Ich setze mich immer für eine lebenswerte Zukunft ein: Wir haben nur eine Welt.